

DEUTSCHLAND**BONN****BUNDESREGIERUNG**

Das Bundeskabinett und die Bonner CDU-Führung erwägen, im Falle ihres Wahlsieges im nächsten Kabinett einen Luftfahrtminister zu ernennen. Als Kandidat ist Generalleutnant Kammhuber, der jetzige Chef der Bundesluftwaffe, im Gespräch.

NATO

Wegen der Erfahrungen im „Winterschild“-Manöver der Nato, bei dem Verständigungsschwierigkeiten zwischen den befreundeten Truppen auftraten, hat die 8. US-Infanteriedivision beschlossen, den Deutsch-Unterricht für ihre Soldaten zu forcieren. Die Amerikaner wollen erreichen, daß mindestens zehn Prozent der Offiziere und drei Prozent der Mannschaften ausreichend deutsch sprechen können.

ZITAT

„Eines wird man . . . Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.“ (Frage des ehemaligen NS-Oberleutnants und jetzigen Bundesverteidigungsministers Strauß an den — während der NS-Zeit emigrierten — SPD-Kanzlerkandidaten Brandt auf einer CSU-Tagung in Vilshofen.)

KENNEDY-BOTSCHAFT**Ohne Unterschrift**

Die erste Botschaft, die Konrad Adenauer am 8. Februar von Amerikas neuem Präsidenten John F. Kennedy erhielt, war nicht, wie regierungsfreundliche Blätter Westdeutschlands verkündeten, eine Wiederaufnahme des deutsch-amerikanischen Briefwechsels aus der goldenen Zeit von Eisenhower und Dulles. Sie war so heikel wie niemals eine Präsidenten-Botschaft zuvor.

Am Nachmittag des 8. Februar verlas US-Botschafter Dowling dem Kanzler im Palais Schaumburg den Text einer „message“, einer Botschaft von Kennedy, die am Vortage auf einem Bogen mit dem Briefkopf der US-Botschaft in Mehlem niedergeschrieben worden war.

Der US-Präsident ließ in Dowlings Text bekunden, daß die Grundzüge der amerikanischen Politik sich nicht geändert hätten und daß Washington den europäischen Einigungsbestrebungen nach wie vor wohlwollend gegenüberstehe.

Auf die unveränderten Grundsätze der US-Politik wurde vor allem des-



Synodalen Scharf, Lilje, Mitzenheim
Drei Gänge im roten Saal

wegen hingewiesen, weil der deutsche Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, beim neuen US-Außenminister Dean Rusk besorgt nachgefragt hatte, was es zu bedeuten habe, daß die Berlin- und Deutschland-Frage in verschiedenen Erklärungen Kennedys unerwähnt geblieben sei.

Dem Kanzler wurde deshalb beschwichtigend mitgeteilt, das Stillschweigen des Präsidenten in diesen Fragen habe sachlich nichts zu bedeuten. Die amerikanische Regierung halte es aber für nicht zweckmäßig, Krisenherde öffentlich zu erwähnen, die zur Zeit nicht brennen.

Beim Berlin-Problem könne „eine Beibehaltung des Status quo nicht als Krise aufgefaßt“ werden. Es sei nicht sinnvoll, die sowjetischen Behauptungen zu unterstützen, wonach allein die gegenwärtigen Verhältnisse Berlins schon eine Krise darstellen.

Entgegen anderen Meldungen wurde in der „message“ ferner auch das leidige Geld erwähnt, das bisher so störend zwischen dem alten Herrn in Bonn und dem jungen Herrn in Washington gewirkt hat.

Kennedy betonte die Notwendigkeit, daß nunmehr alle Industriestaaten, die in den vergangenen Jahren zu Wohlstand gekommen seien, in Gebieten außerhalb ihrer unmittelbaren Interessensphäre Finanzhilfe für eine freie Entwicklung leisten müßten.

Ein Hinweis auf eine baldige Einladung des Kanzlers nach Washington wurde in der Botschaft, die Dowling vorlas, nicht gegeben.

Nach der Verlesung überreichte der Botschafter dem Kanzler das heikle Schreiben. Die „einzige verbindliche Floskel darin stammte nicht aus Washington, sondern aus Bonn-Mehlem. Von sich aus hatte Botschafter Dowling eine Anrede vorangesetzt: „Dear Mr. Chancellor“.

Den Schluß zu ergänzen, traute auch er sich nicht. Er lautete: „Der Präsident sieht der fortdauernden Zusammenarbeit mit Ihnen entgegen.“

Keine Unterschrift.

BERLIN-SYNODE**Mit Chorgesang**

Die 146 Wahlmänner der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) suchten Stärkung im geistlichen Lied, ehe die Schlacht um den Nachfolger des 80jährigen Ratsvorsitzenden Bischof D. Dr. Otto Dibelius begann. „Herr, laß den Weg uns finden“, klang es aus dem roten, für die Öffentlichkeit während der Wahlen gesperrten Festsaal im Westberliner Johannesstift — eine Bitte, die der Hauptfavorit, der lutherische Landesbischof Hanns Lilje (Han-